

Pulsnitzer Wochenblatt

Verleger: 18. Tel.-Adr.: Wochenblatt Pulsnitz
Postfachkonto Dresden 2138. Giro-Konto 146

Bezirksanzeiger

und Zeitung

Konten: Pulsnitzer Bank, Pulsnitz und
Commerz- und Privat-Bank, Zweigstelle Pulsnitz



Erscheint: Dienstag, Donnerstag und Sonnabend.
Im Falle höherer Gewalt — Krieg, Streit od. sonstig irgend welcher Natur d. Betriebes der Zeitung oder der Besondereinrichtungen hat der Bezahler keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Wöchl. — 55 Gold-Mark bei freier Zustellung; bei Abholung wöchl. — 60 Gold-Mark; durch die Post monatlich — 2 50 freibleibend.

Anzeigen-Grundzahlen in Goldmark: Die sechsmal gespaltene Petitzeile (Masse's Zeilenmesser 14) M — 20, im Bezirke der Amtshauptmannschaft M — 15. Amtliche Zeile M — 60 und M — 45; Reklame M — 50. Tabellarischer Satz 50 Prozent Aufschlag. — Bei zwangsweiser Einziehung der Anzeigen gebühren durch Klage oder in Konkursfällen gelangt der volle Rechnungsbetrag unter Wegfall von Preisnachlass in Anrechnung. — Briefkurs vom Zahlungstages. — Familien-Anzeigen nach ermäßigtem Tarif

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen des Amtsgerichts und des Stadtrates zu Pulsnitz sowie der Gemeinderäte Großnaundorf und Weißbach.

Hauptblatt und älteste Zeitung in den Ortsgemeinden des Pulsnitzer Amtsgerichtsbezirks: Pulsnitz, Pulsnitz M. S., Bollung, Großröhrsdorf, Brettnitz, Hanswalde, Ohorn, Oberkaina, Niederkaina, Weißbach, Ober- und Niederlichtenau, Friedersdorf, Thiemendorf, Mittelbach, Großnaundorf, Sichtenberg, Klein-Dittmannsdorf.
Geschäftsstelle: Pulsnitz, Bismarckplatz Nr. 365. Druck und Verlag von E. L. Bräuer's Erben (Inh. J. W. Mohr) Schriftleiter: J. W. Mohr in Pulsnitz.

Nummer 54

Dienstag, den 6. Mai 1924

76. Jahrgang

Pulsnitzer Bank

e. G. m. b. H.

Pulsnitz und Ohorn

Rentenmark-Konten

Wir verzinsen Rentenmark-Spareinlagen

ab 15. April 1924 wie folgt:

8% p. a. bei täglicher Verfügung

12% - - - 1 monatlicher Kündigung oder 1 Monat fest

13% - - - 3 monatlicher Kündigung oder 3 Monate fest

Größere Beträge auf Wunsch mit Wertsicherung auf Dollar-Basis. — Laufende Konten provisionsfrei.

Commerz- und Privat-Bank

Aktiengesellschaft

Zweigstelle Pulsnitz

Amlicher Teil.

Es wird hiermit zur öffentlichen Kenntnis gebracht, daß die mit Bekanntmachung vom 14. Februar 1924 — Pulsnitzer Wochenblatt Nr. 19 — verhängte

Hundesperre

aus Anlaß eines weiteren Tollwutfalles

bis zum 10. Juni 1924

in dem bisherigen Umfange verlängert worden ist.

Pulsnitz, den 5. Mai 1924.

Der Stadtrat.

Aufwertungssteuer (Mietzinssteuer).

Am 5. d. Mts. war die Matrike fällig. Die Steuern werden nur hierdurch aufgefördert, die fälligen Beträge zur Vermeidung der Zwangsvollstreckung

bis spätestens den 10. d. Mts.

an die Stadtsteuereinnahme abzuführen. Schriftliche Mahnung erfolgt nicht.

Der Verzugszuschlag tritt am 16. d. Mts. in Kraft.

Pulsnitz, den 6. Mai 1924.

Der Stadtrat.

Stadt- und landbekannt

werden Ihre Anzeigen, wenn sie in dem Pulsnitzer Wochenblatt veröffentlicht werden.

Montag, den 12. Mai 1924:

Biehmarkt in Pulsnitz.

Ursprungszeugnisse sind mitzubringen.

Pulsnitz, den 6. Mai 1924.

Der Stadtrat.

Öffentliche Stadtverordneten-Sitzung

Donnerstag, den 8. Mai 1924, abends 7 Uhr.

Tagesordnung:

I. Kenntnisnahmen. II. Ortsgesetze: 1. Wahlen in städtische Ausschüsse und Ehrenämter. 2. Kostenlose Totenbestattung. III. Haushaltpläne 1924: 1. Feuerlöschkasse. 2. Wasserwerkskasse. IV. Beratungen und Beschlusfassungen: 1. Kostendewilligungen für Schulzwecke: a) Volksschule: Flügel, Stühle; b) Handelsschule: Metermaß, Schulmöbel. 2. Kostendewilligung für Bauzwecke: a) Vorarbeiten der Hausflur des Rathauses; b) Teilweise Neumpflanzung des Reichel-Grabmales. 3. Gebührenregelungen: a) für die Leichenfrau; b) für den Schornsteinfeger. 4. Evtl. Kostendewilligung zu Plasmusiken. V. Evtl. Anfragen und Anträge.

Hierauf nichtöffentliche Sitzung.

Pulsnitz, den 6. Mai 1924.

Der Stadtverordnetenvorsteher.

Walther Hier.

Das Wichtigste.

Die Kommunisten haben im sächsischen Landtage ein Mißtrauensvotum gegen den Innenminister Max Müller eingebracht.

Die Zusammenkunft zwischen Theunis und Mussolini soll am 15. Mai in Mailand stattfinden.

In Jugoslawien ist durch den abermaligen Rücktritt Pafitsch eine neue Regierungskrise eingetreten.

Auf Beschluß des Reichskabinetts sind die Transporte deutscher Kinder ins Ausland künftighin auf den Reichsbahnen frei zu befördern.

Die Reichstagswahlen am vorgestrigen Sonntag haben im allgemeinen einen ruhigen Verlauf genommen.

Wie wir erfahren, sind die Reichseinnahmen für den Monat April um ein Geringes über den Voranschlag gestiegen (4,5 Prozent).

Auf den Führer der Berliner Ortsgruppe der Deutschen Volkspartei, Zahnarzt Dr. Richard Falz, ist Sonntag mittag ein Revolverattentat begangen worden. Dr. Falz blieb unverletzt. Der Täter ist noch unbekannt.

Die Reichsgewerkschaft deutscher Eisenbahnhandwerker und Arbeiter ist zu dem Allgemeinen Eisenbahner-Verband übergetreten. Der Gewerkschaftsring erfährt durch diese Kongregation der Eisenbahnerunterverbände eine erhebliche Stärkung.

Die bayrische Regierung hat in der Kriegsschuldenfrage eine bemerkenswerte Publikation veranlaßt, in der sie scharf gegen die Kriegsschuldfrage Stellung nimmt.

Der „Monitor-Polski“ veröffentlichte am 1. Mai die Zwangsliquidierung von 807 deutschen Anstellungen in den Wojewodschaften Posen und Pommerellen.

Die Regierung der Vereinigten Staaten beabsichtigt, die Frage der Herausgabe deutschen Eigentums auch über 10 000 Dollar in für Deutschland günstigem Sinne zu entscheiden.

Die Noten der Golddiskontbank, die bekanntlich auf englische Pfund lauten, sind bis jetzt bei der Reichsdruckerei in Druckauftrag gegeben worden. Die Ausführung der Noten wird sehr sorgfältig sein müssen, jedoch noch eine geraume Zeit bis zu ihrer Ausgabe vergehen wird. Diese Noten, die im Gesamtbetrag von fünf Mill. Pfund Sterling ausgegeben werden, sind keine gesetzlichen Zahlungsmittel, sie dienen lediglich als Unterlagen für den großen Wirtschafts- und Handelsverkehr dem Ausland gegenüber.

Ein schwerer Einbruch, bei dem wahrscheinlich großstädtische Einbrecher mit beteiligt waren, wurde in vergangener Nacht in den Geschäftsräumen der Allgemeinen Ortskrankenkasse in Hohenstein-Ernstthal verübt. Man öffnete dort den eisernen Geldschrank mittels Stachmittel und stahl 10 000 Goldmark. Bis jetzt hat man keine Spur von den Einbrechern.

Reichstagswahl und Regierungsbildung.

Eine Entscheidung, die eine ganz große Sensation bringt, ist selten besonders günstig; die Reichstagswahlen vom 4. Mai waren keine ganz große Sensation. Man braucht kein viel geschwätzter Mittelpartei zu sein, um sich dessen zu freuen, daß die beiden Flügelparteien, — denn als solche sah man im Volke trotz lebhaften Protestes der Wulleute die Völkischen und die Kommunisten an — zusammen keine Mehrheit im Reichstag errungen haben. Sonst wäre sogar die vorläufige, noch ganz unwahrscheinliche „ganz große Koalition“ von den Deutschnationalen bis zu den Vereinigten Sozialdemokraten unmöglich gewesen. Die beiden Flügel haben es zusammen auf etwa 20% der Reichstagsitze gebracht (reichlich 90 Mandate). Fast genau ebensoviel hat jede der beiden Nachbarparteien (Deutschnationale und Sozialdemokraten) zu verzeichnen. Würde man also die kleinen Mittelgruppen (Wirtschaftspartei, Bayerische Volkspartei, Bauernbund, Deutsch Hannoveraner und einige andere) als Verstärkung einer Regierungskoalition ansehen, so hätten sowohl der Bürgerblock von den Deutschnationalen bis zu den Demokraten, wie auch die „große Koalition“ von der Volkspartei bis zu den Sozialdemokraten Aussicht, mehr als die Hälfte der Stimmen des Reichsparlamentes hinter sich zu haben. Das ist mehr als man nach den trüben Prophezeiungen der letzten Wochen zu hoffen wagte. Boreilige Zeitendeckler wollen bereits wissen, daß der Reichspräsident die Absicht hege, einen Sozialdemokraten mit der Kabinettsbildung zu betrauen. Es ist aber einigermaßen unwahrscheinlich, daß Herr Ebert in Bad Mergentheim tagelang vor der Bekanntgabe des amtlichen Wahlergebnisses feste Absichten über das hegt, was etwa in 14 Tagen zu tun ist. Erst wenn die amtlichen Resultate vorliegen, wird man beurteilen können, ob nicht doch der Bürgerblock oder die große Koalition auf so schwachen Füßen stehen würde, daß die eine von den beiden Variationen als praktische Möglichkeit ausscheidet. Zu einer Regierungsbildung gehört aber

mehr, als eine allgemeine, theoretische Möglichkeit. Es muß ein Mann da sein, der sie durchführt. An sich ist es kein absoluter Hinderungsgrund, wenn eine Partei einer anderen im Wahlkampf Unfreundlichkeiten gesagt hat. Darum würde z. B. die Auseinandersetzung zwischen Stresemann und dem Sozialdemokraten Sollmann nicht grundsätzlich die Wiederkehr einer großen Koalition unter Stresemann oder Marx's Führung ausschließen. Selbst die Tatsache, daß die Demokraten und das Zentrum im November vorigen Jahres die Aufnahme der Deutschnationalen in die Regierungskoalition und damit die Bildung des Bürgerblocks abgelehnt haben, ist kein unbedingter Beweis dafür, daß die beiden Mittelparteien im Mai von der gleichen Sprödigkeit besetzt sein würden. Die Rettung zur Paarung wäre dann wohl weniger auf die Jahreszeit als vielmehr auf die bevorstehende Entscheidung des Reparationsproblems zurückzuführen. Wir würden in der Tat von allen Möglichkeiten, uns mit dem Reparationsgutachten der Sachverständigen auseinanderzusetzen, die schlechtesten wählen, wenn wir aus Unfähigkeit ein geschäftsfähiges Ministerium zustande zu bringen, weder „Ja“ noch „Nein“ sagten, und in der Welt aufs neue der Behauptung Nahrung gäben, die einzige Verhandlungsart, die für Deutschland in Betracht komme, sei das Diktat.

Es muß nach den bisher vorliegenden Wahlergebnissen also als möglich bezeichnet werden, daß mit einigen Schwierigkeiten und vielleicht auch erst nach vergeblichen Anläufen die Regierungsbildung gelingt. Vielleicht wird das kommende Reichskabinett auch zu einer Entscheidung in der Reparationsfrage aufrufen. Da aber jede Entscheidung eine Erschwerung der Lage für breite Schichten unseres Volkes im Gefolge hat, droht den Teilnehmern an der Regierungskoalition die baldige „Rache der Wähler“. Denn das bei am 4. Mai gewählte Reichstags nicht, wie seine Vorgänger, in den Stielen sterben, d. h. seine verfassungsmäßigen 4 Jahre leben, wird, erscheint kaum zweifelhaft. Wer sich jetzt zur Teilnahme an der Regierung bereit erklärt, setzt also, mehr noch als die frühere Regierung,

